

OA-Update / 5, 30.3.2021

# Osteuropa



Am 19. März 2021 hat als Online-Ausgabe das 4. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum stattgefunden, das von Bundeskanzlerin Merkel, dem ukrainischen Präsidenten Selenski und dem Premierminister der Ukraine Denys Schmyhal eröffnet wurde. Weitere Informationen zu den Inhalten der Konferenz finden Sie in diesem Update. Zudem vereinbarten am Vortag Deutschland und die Ukraine eine strategische Kooperation für die digitale Wirtschaft.

In Belarus scheinen unterdessen Refinanzierungsfragen für die Wirtschaft dringender zu werden, wengleich sich die wirtschaftliche Stimmung in den ersten beiden Monaten des Jahres 2021 leicht aufhellte. Armenien sucht weiter Wege, um den ökonomischen Doppelschock (Covid-Pandemie/ Krieg mit Aserbaidshan) zu bekämpfen. Das Land hat dazu unter anderem Erleichterungen bei der Mehrwertsteuerrückerstattung vorgenommen. Aserbaidshan konnte die Zahl der von russischen Einfuhrbeschränkungen betroffenen Agrarunternehmen weiter reduzieren. Georgien blickt hoffnungsvoll auf die langsam aber sicher wachsende Zahl von Flügen ins Land: ein Lichtblick für die Tourismuswirtschaft.

Hier alle Themen in der Übersicht:

- **Wirtschaftspolitik**
- **Konjunktur**
- **Projekte**
- **Veranstaltungsnachlese**
- **Termine**
- **Tipps & Links**
- **Kontakt**

### Ukraine

Mit der **Unterzeichnung eines Memorandum of Understanding (MoU)** besiegelten Deutschland und die Ukraine am 18. März 2021 im Beisein des ukrainischen Premierministers Denys Schmyhal den Start einer **strategischen Kooperation im Bereich der digitalen Wirtschaft**. Auf deutscher Seite initiierten der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft, die Trade & Investment Agency des Landes Nordrhein-Westfalen NRW.Global Business und die Deutsch-Ukrainische Industrie- und Handelskammer die neue „German Ukrainian Digital Partnership“. Partner in der Ukraine sind die staatliche Organisation UkraineInvest, der Verband IT Ukraine Association, die regionalen IT Cluster aus Charkiw, Dnipro und Lwiw sowie die Lwiw Tech Startup School und das Innovationszentrum UnitCity aus Kiew. Information zur Unterzeichnung und zur Initiative finden Sie auf den [Seiten des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft](#) und unter [www.gu-dp.com](http://www.gu-dp.com).

In der **letzten Märzwoche** verzeichnete die Ukraine **neue Rekordzahlen** bei den Ansteckungen mit dem **Coronavirus**. Zum Teil wurden täglich über 20.000 Neuinfizierte und eine Sieben-Tage-Inzidenz von mehr als 230 gemeldet. Nach aktuellen Berichten ist die Kapazitätsgrenze vieler Krankenhäuser inzwischen erreicht. **Besonders betroffen ist die Region Iwano-Frankiwsk** im Südwesten des Landes. Seit Ende März werden die Hälfte der Oblaste in die „Rote Zone“ eingruppiert, in denen die strengsten Auflagen gelten. Dazu zählt auch die Hauptstadt Kiew. In diesem Zusammenhang gilt **ab dem 22. März**, dass Ausländer, die in die Ukraine **einreisen möchten, dies nur mit einem maximal 72 Stunden alten und negativen PCR-Test** tun dürfen. Experten der Nationalen Akademie der Wissenschaften der Ukraine erwarten den **Höhepunkt der Erkrankungsrate in der aktuellen Corona-Welle für Anfang bis Mitte Mai**. In der Konsequenz seien auch **strikte Abriegelungen bestimmter Gebiete denkbar** und notwendig. Dieser Forderung stimmte der Sekretär des Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrates Oleksyi Danilov zu. Abriegelungen seien zwar eine extreme Option, könnten aber erforderlich werden, wenn sich die Situation nicht absehbar ändere.

Am 23. März unterzeichnete der ukrainische Präsident ein Dekret zur **Verhängung von weiteren Sanktionen gegen russische Unternehmen**. Insgesamt treffen die neuen Sanktionen **26 natürliche und 81 juristische Personen**, darunter russische Medien, eine Versicherungsgesellschaft und russische Firmen, **die seit der Annexion der Halbinsel Krim im Jahr 2014 dort tätig waren und sind**. Die Liste der sanktionierten Einzelpersonen verzeichnet **unter anderem auch französische Abgeordnete**, die die Krim im Jahr 2020 ohne Erlaubnis der ukrainischen Regierung besucht hatten.

In der Ukraine wurde ein „**Büro für wirtschaftliche Sicherheit**“ **geschaffen**. Das entsprechende Gesetz unterzeichnete Präsident Selenski am 22. März. Gemäß dem Gesetz werden **künftig Ermittlungen und die Strafverfolgung bei Wirtschaftsverbrechen getrennt**. Das neu geschaffene Büro wird sich künftig auf die Analyse von Finanztransaktionen konzentrieren. **Bisher lagen die Kompetenzen für die Ermittlungsaufgaben beim Sicherheitsdienst der Ukraine (SBU) und der staatlichen Steuerbehörde**. Inwieweit die Trennung von

Ermittlung und Vollstreckung künftig zu besseren Verfahren und Ergebnissen führt, wird sich zeigen.

Der Sicherheitsdienst der Ukraine teilte mit (20. März), dass er **in zwei verschiedenen Fällen gegen den Flugmotorenbauer „Motor Sich“ ermittelt**. Der eine bezieht sich auf angebliche Sabotage und subversive Aktivitäten zugunsten Russlands, der andere auf mögliche Gesetzesverstöße bei der Privatisierung des Unternehmens. Seit geraumer Zeit gibt es **Unstimmigkeiten um die Eigentumsfrage**. Chinesische Investoren und der ukrainische Staat sind an der Auseinandersetzung beteiligt. Gleichzeitig entschied ein Kiewer Regionalgericht, alle Vermögenswerte und alle Aktien der Luft- und Raumfahrtfirma Motor Sich (MSICH UK) einzufrieren. Das gesamte Eigentum soll durch die „National Asset Recovery and Management Agency“ (ARMA) verwaltet werden. Die Privatisierung des Unternehmens begann im Jahr 1994 und endete mit dem Verkauf der letzten Anteile im Jahr 2000. Allerdings ist es das **Ziel der aktuellen Regierung, das strategisch wichtige Unternehmen wieder zu vergesellschaften**. Die ungelösten Eigentumsfragen bergen die Gefahr von Gerichtsstreitigkeiten mit Minderheitsaktionären und beteiligten Unternehmen aus China, die Berichten zufolge in den Jahren 2016-2017 eine Kontrollbeteiligung an dem Unternehmen erworben haben.

Die **Nationalbank der Ukraine (NBU)** möchte den geltenden **Leitzins von sechs auf 6,5 Prozent erhöhen**. Die Mitglieder des Währungsausschusses stellten fest, dass sich die Verbraucherinflation zu Beginn des Jahres deutlich beschleunigt habe (+7,2 Prozent im Februar 2021 im Vergleich zum Vorjahr) und nun außerhalb des Zielkorridors von vier bis sechs Prozent liege. Anziehende globale Rohstoffpreise, die wirtschaftliche Belebung bei wichtigen Handelspartnern und Abwertungseffekte in einigen Ländern sind die Ursache für die steigende Inflation. **Die nächste Sitzung des Währungsausschusses findet am 15. April statt, dort könnte die Erhöhung beschlossen werden.**

Die **Ukraine und die Türkei arbeiten weiter an der Vertiefung ihrer Beziehungen**. Das bilaterale **Freihandelsabkommen stünde kurz vor der Unterzeichnung**, wie der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal am 4. März mitteilte. Die wirtschaftliche und militärische Kooperation wurde bereits durch verschiedene Verträge vertieft. Ebenso nehmen die Verflechtungen in den Bereichen Handel und Tourismus stetig zu. **Die strategischen Beziehungen zwischen der Ukraine und der Türkei befinden sich damit in einen grundlegenden Wandel.**

## **Belarus**

Bisher plante das **Finanzministerium von Belarus mit einem Haushaltsdefizit für das Jahr 2021** von vier Milliarden belarussischen Rubel (BYN). **Diese Annahme musste auf 5,6 Milliarden BYN und damit um rund 40 Prozent nach oben korrigiert werden**. Gründe für die Korrektur sind zurückgehende Haushaltseinnahmen, allein minus 8,5 Prozent im Januar 2021 im Vergleich zum Vorjahresmonat sowie gleichzeitig steigende staatliche Ausgaben.

Das **Finanzministerium von Belarus kündigte an, weitere Steuervergünstigungen zu überprüfen**. Mit Blick auf den IT Sektor und die Entwicklung des High Tech Parks Belarus hätten bisherigen Anpassungen noch keine negativen Folgen auf die Wachstumsdynamik des Parks und seiner Residenten gehabt, wie der Direktor des Parks, Vsevolod Yanchevsky, in einem Interview betonte. Gleichwohl verlangsamte sich das Exportwachstum der IT-Branche im Land. Betrug das Exportwachstum im Jahr 2019 noch 52 Prozent, steigerten sich die Exporte im abgelaufenen Jahr um 27 Prozent.

## **Südkaucasus**

Am 11. März genehmigte die **armenische Regierung eine Reihe von Änderungen im Steuergesetzbuch**, die es Wirtschaftssubjekten ermöglichen würden, die **Mehrwertsteuer-rückerstattung jeden Monat statt wie bisher einmal im Quartal** zu erhalten. Der Vorsitzende des Staatlichen Steuerausschusses Edward Hovhannisyán erklärte, dass das Betriebskapital von Unternehmen auf diese Weise weniger belastet wird und mehr Mittel für Investitionen zur Verfügung stünden. Der **Ausschuss diskutierte darüber hinaus die Möglichkeit, Mehrwertsteuerzahlungen an der Grenze abzuschaffen**.

Der Wirtschaftsminister von **Aserbaidschan** Mikayil Jabbarov hat über die **strategischen Ziele des Fonds für die Entwicklung des Unternehmertums** für die Jahre von 2021 bis 2023 informiert. Zentral seien, so Jabbarov auf seinem Twitter-Account, dass Unternehmen des Landes einen **erweiterten Zugang zu finanziellen Ressourcen** bekämen, dass Unternehmen, die auf **innovative Technologien setzen oder diese entwickeln, in den Genuss verstärkter Förderung** kommen sollen und dass sich **der Fonds an sich stabil und nachhaltig entwickeln** solle. Im Jahr 2020 stellte der **Fonds für die Entwicklung des Unternehmertums 89,3 Millionen Manat, umgerechnet rund 52,5 Millionen US-Dollar**, an konzessionären Krediten zur Finanzierung von Investitionsprojekten, die auf dem Einsatz neuer Technologien basieren, bereit. Der Fonds zur Entwicklung des Unternehmertums ist seit 2002 unter dem aserbaidchanischen Wirtschaftsministerium tätig.

Die russische Agraraufsichtsbehörde Rosselkhoznadzor hat das **Importverbot für Tomaten für acht weitere Agrarunternehmen aus Aserbaidschan aufgehoben**. Dies teilte die Agentur für Nahrungsmittelsicherheit von Aserbaidschan am 25. März mit. Russland und Aserbaidschan beschlossen beim Thema Nahrungsmittelsicherheit enger zusammenzuarbeiten. Bislang hat die zuständige russische Behörde das Importverbot für 82 Tomaten- und 46 Apfelproduzenten, die in Aserbaidschan tätig sind, aufgehoben. **Am 10. Dezember hatte Rosselkhoznadzor den Import von aserbaidchanischen Tomaten und Äpfeln mit der Begründung verboten, dass die Einfuhr und Verbreitung von Pestiziden nach Russland verhindert werden müsse**.

**Kleine und mittlere Unternehmen**, die in Aserbaidschan als **Start-up klassifiziert** sind, werden für **drei Jahre von der Zahlung von Steuern auf Einkommen und Gewinn aus Innovationsaktivitäten befreit**. Dies teilte das Wirtschaftsministerium am 17. März mit. Zudem soll künftig die Beteiligung kleiner und mittelgroßer Unternehmen an öffentlichen Beschaffungen stärker gefördert werden.

Die georgische **Tourismuswirtschaft begrüßt**, dass die **Lufthansa die Flüge von Deutschland** nach Tiflis ab dem 1. Juli 2021 wieder **aufnimmt**. Die **Route Riga-Tiflis wird bereits seit dem 28. März 2021 wieder bedient**.

Die **Nationalbank von Georgien (NBG)** erhöht den Refinanzierungssatz um 0,5 Prozent auf 8,5 Prozent. Die Entscheidung wurde am 17. März auf einer Sitzung des geldpolitischen Ausschusses getroffen. Laut Nationalbank ging die Inflation seit Dezember 2020 zurück und lässt sich mit der Subventionierung von Versorgungsgebühren begründen. Das Ende dieser Subvention ab dem März 2021 wird sich dementsprechend in der Inflationsrate niederschlagen und diese treiben. Nach der aktuellen Prognose wird die Inflation im Jahr 2021 im Durchschnitt bei vier bis 4,5 Prozent liegen. Der Ausschuss berücksichtigte auch den abgewerteten Wechselkurs und die hohe Dollarisierung der Wirtschaft, die weitere Faktoren sind, die die Inflation treiben werden.

Georgien musste im Jahr 2020 eine **deutliche Reduzierung seiner ausländischen Direktinvestitionen (FDI) hinnehmen**. Diese beliefen sich auf einen **Gesamtwert von 616,9 Millionen US Dollar und fielen damit um 52,9 Prozent geringer aus als noch im Jahr 2019**, wie das Nationale Statistikanaltes Georgiens (Geostat) berichtet. Als Hauptgrund für den Rückgang wird die Übertragung des Eigentums von gebietsfremden auf gebietsansässige Einheiten in mehreren Unternehmen genannt. Allein dadurch sank der Wert der ausländischen Direktinvestitionen um 340,5 Millionen US-Dollar. Das **Vereinigte Königreich** (307,8 Millionen US-Dollar (49,9%)), die **Niederlande** (172,1 Millionen US-Dollar (27,9%)) und die **Türkei** (108,1 Millionen US-Dollar (17,5%)) stellen die **Top 3 der Investoren**. Der Finanzsektor zog am meisten Investitionen an (400,3 Millionen US-Dollar), gefolgt vom Bergbausektor (101,5 Millionen US-Dollar) und vom Immobiliensektor (71,8 Millionen US-Dollar).

## Konjunktur

---

**Ukraine:** Im Jahr **2020 sank das Bruttoinlandsprodukt um vier Prozent** auf rund 151 Milliarden US-Dollar, wie der Staatliche Statistikdienst der Ukraine berichtet. Damit endete eine vierjährige Wachstumsphase. Für das Jahr 2021 wird wieder ein Wachstum von 4,6 Prozent prognostiziert. Die ukrainische Wirtschaft erreichte 2013 ihren Höhepunkt mit einem BIP von über 183 Milliarden US Dollar, konnte sich in den letzten sieben Jahren aber noch nicht wieder auf dieses Niveau vorarbeiten. Insbesondere die Bruttoanlageinvestitionen brachen ein und gingen im Jahresvergleich um 24,4 Prozent zurück. Im Jahr 2019 waren diese noch um 11,7 Prozent gewachsen. Die Experten von Concorde Capital erwarten für das Jahr 2021 eine Erholung um 4,1 Prozent, die vor allem durch anziehende Investitionen und den Konsum getrieben werden.

**S&P Global Ratings** hat das Rating der Ukraine mit „**B mit stabilem Ausblick**“ mit Blick auf langfristige und kurzfristige Verbindlichkeiten in Fremd- und Landeswährung **bestätigt**. **Ausschlaggebend seien das Wachstum, die Zahlungsbilanz und die öffentlichen Finanzen der Ukraine im Jahr 2020 gewesen**, so die Ratingagentur in einer Pressemitteilung am 15. März. Sollte die gute Konjunktur ukrainischer Anleihen an den Bonds-Märkten nachlassen, oder sich die Beschaffung von Finanzmitteln von internationalen Organisationen verschlechtern, stünde die Bewertung zur Diskussion. Zu einer negativen Entwicklung könne

es kommen, wenn die Regierung wichtige Reformen wie die Gewährleistung der Unabhängigkeit der Zentralbank aufgäbe.

**Belarus:** Der von der belarussischen Nationalbank berechnete saisonal bereinigte **Geschäftsklimaindex (BCI) ist weiter rückläufig:** Im Zeitraum von November 2020 bis Januar 2021 ist er im Vergleich zum Index der vorangegangenen drei Monate um 1,7 Prozent gesunken. Laut der letzten Analyse der Nationalbank zum Monitoring des Realsektors in Belarus ging der reale BCI von November 2020 - Januar 2021 sogar um minus 19,4 Prozent zurück, was einen Rückgang um 12,2 Prozentpunkte im Vergleich zu August-Oktober 2020 bedeutet. Die Nationalbank führt die Verschlechterung des BCI auf einen deutlichen Rückgang der Nachfrage und des Produktionsvolumens (Auftragsarbeiten, Warenumsatz, Transportdienstleistungen) zurück. Gleichzeitig nehme die Zahl der pessimistischen Erwartungen der befragten Unternehmen mit Blick auf Veränderungen dieser Indikatoren in den nächsten drei Monaten allmählich ab.

Nach Angaben des **Nationalen Komitees für Statistik von Belarus betrug der Nettogewinn der Wirtschaftssubjekte** im vergangenen Jahr **6,1 Milliarden BYN**. Dies ist ein **Rückgang von 42,6 Prozent** gegenüber 2019. Gleichzeitig stieg die Zahl der unrentablen Unternehmen von 935 im Jahr 2019 auf 1.040 im Jahr 2020, und der Nettoverlust erhöhte sich um das 3,5-fache auf 6,3 Milliarden Rubel. **Besonders stark betroffen sind Organisationen und Unternehmen des öffentlichen Sektors.** Ende 2020 betrug der Gewinn 242,1 Millionen Rubel. Im Jahr 2018 betrug der Nettogewinn im öffentlichen Sektor noch fast 1,8 Milliarden Rubel und im Jahr 2019 noch rund 5,5 Milliarden Rubel. **Gründe für den massiven Rückgang** sind finanzielle **Verluste, die durch die Währungsabwertung** des vergangenen Jahres entstanden sind und damit eine **Neubewertung von Fremdwährungskrediten** notwendig machten. Außerdem wurden **in staatlichen Betrieben offenbar oftmals die Produktionsmengen auf dem Vorkrisenniveau gehalten, obwohl die Nachfrage nach Industrieprodukten pandemiebedingt sank.**

Die **Bruttoauslandsverschuldung von Belarus** belief sich am 1. Januar 2021 auf 42,149 Milliarden US Dollar. Dies teilte der Pressedienst der Nationalbank mit. Im abgelaufenen Jahr stieg die Verschuldung damit um 1,4 Milliarden US Dollar. **Die Refinanzierung und Rückzahlung der anstehenden Zahlungen auf Auslandsschulden** der Regierung, der Banken und der belarussischen Unternehmen wird **nach Einschätzung von Experten im Jahr 2021 nicht einfach.** Eine Rekordauslandsverschuldung trifft gleichzeitig auf einen eingeschränkten Zugang zu internationalen Finanzmärkten.

**Armenien:** Die **Wachstumsprognose** der armenischen Regierung für 2021 liegt bei 3,2 Prozent, die Inflationsprognose bei vier Prozent (Korridor bei +/- 1,5 Prozent). Anfang März hat die Zentralbank ihre Prognose für das Wirtschaftswachstum für 2021 von bisher zwei Prozent auf nunmehr 1,4 Prozent nach unten korrigiert und blickt damit pessimistischer in die Zukunft als die Regierung.

Nach Angaben des Nationalen Statistikkomitees von Armenien sank die **wirtschaftliche Aktivität Armeniens** in den ersten beiden Monaten des Jahres 2021 um 6,7 Prozent gegenüber dem gleichen Zeitraum im Jahr 2020. Die Industrieproduktion nahm im Januar-Februar 2021 im Vergleich zum Vorjahr um 7,9 Prozent ab.

Angesichts eines dynamischen Starts im Jahr 2021 erwartet der **Wirtschaftsminister von Armenien** Vahan Kerobyan ein **Wirtschaftswachstum von 3,2 Prozent** für das Gesamtjahr 2021 (die armenische Nationalbank geht von 1,4 Prozent aus). Kerobyan setzt auf **Wachstum vor allem im Agrar- sowie im industriellen Bereich**. Nach Angaben des Nationalen Statistikkomitees war die wirtschaftliche Aktivität Armeniens in den ersten beiden Monaten des Jahres 2021 um 6,7 Prozent niedriger als im gleichen Zeitraum des Jahres 2020. Im Februar 2021 war der Index der wirtschaftlichen Aktivität jedoch um 12,4 Prozent höher als im Vormonat.

Der durch die Covid-19-Pandemie und den bewaffneten Konflikt mit Aserbaidschan ausgelöste **ökonomische Doppelschock** führte dazu, dass die **armenische Staatsverschuldung** im **Verhältnis zum BIP bis Ende 2020 um 13,8 Prozentpunkte auf 67,3 Prozent** anstieg und damit den aktuellen Medianwert der Ratingagent Fitch für die Kategorie „B“ (63,8 Prozent) übertraf. In diesem Zuge bestätigte Fitch Ratings aber das langfristige Emittentenausfallrating (IDR) Armeniens in Fremdwährung (LTFC) mit „B+“ und einem stabilen Ausblick.

**Georgien:** Das Nationale Statistikkomitee berichtet, dass sich das nominale **Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Jahr 2020** auf 49,40 Milliarden Lari (GEL), rund 12,5 Milliarden Euro, belief. Der Rückgang des BIP soll im Gesamtjahr bei 6,2 Prozent liegen. Den größten Anteil hatten demnach die Bereiche Automobil mit 14,5 Prozent (Verkauf, Reparatur), Immobilienwirtschaft mit 11,7 Prozent sowie das verarbeitende Gewerbe mit 10,8 Prozent. Es folgen mit Werten zwischen sieben und acht Prozent die Bereiche Bau und Agrarwirtschaft. **Wachstum gab es 2020 demnach in folgenden Branchen** (in Prozent im Jahresvergleich): Gesundheits- und Sozialwesen (+7,9), Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei (+3,6), Bildungswesen (+3,1), Öffentliche Verwaltung und Verteidigung; gesetzliche Sozialversicherung (+1,8), Andere Dienstleistungsaktivitäten (+7,1). Ein **Rückgang der realen Wertschöpfung** wurde in folgenden Branchen verzeichnet (Angaben in Prozent): Beherbergungs- und Gaststättengewerbe (-37,9), Transport und Lagerung (-22,3), Groß- und Einzelhandel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (-5,6), Kunst, Unterhaltung und Erholung (-18,9), Administrative und unterstützende Dienstleistungen (-37,9), Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen (-18,4), Baugewerbe (-4,7) und Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen (-5,0).

## Projekte

---

Germany Trade and Invest (GTAI) veröffentlicht regelmäßig aktualisierte internationale **Ausschreibungen** für Beschaffung und Projekte auf seiner [Website](#).

### 5. März 2021 – Pushing Eastern Europe

**Forward:** Die dritte Ausgabe der Ost-Ausschuss-Reihe „Pushing Eastern Europe Forward“ beschäftigte sich am 5. März mit den aktuellen Möglichkeiten von Finanzierungen im Osteuropa-Geschäft.

Mehr als 60 Unternehmensvertreter folgten der Diskussion und den Impulsen von Evgeny Ofrikhter, Senior Advisor bei der

Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD), Sandra Halver-Simons von der sms Group sowie Andreas Kettlgruber und Stefan Bolz von der Raiffeisen Bank International AG. Video-Mitschnitte des Formate sowie die Präsentationen finden Sie [hier](#).



### 10. März 2021: German Ukrainian Digital Partnership #1 AgriTech, [www.gu-dp.cpom](http://www.gu-dp.cpom):

Am 10. März hat das erste Format im Rahmen der bilateralen Digitalisierungsinitiative mit dem Schwerpunkt AgriTech stattgefunden. Sieben ukrainische Unternehmen und die ukrainischen Cluster-Partner der Initiative stellten sich einem interessierten Publikum vor. Den Mitschnitt der Veranstaltung gibt es auf der Website der Initiative. Die Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** findet in Kooperation mit den IT-Clustern Kiew, Charkiw und Dnipro, der Lwiw Startup School, der Ukrainian Venture Capital Association und der AHK Ukraine sowie NRW.Global Business statt.

**19. März 2021:** Bundeskanzlerin Angela Merkel, der ukrainische Präsident Wlodymyr Selenski und der ukrainische Premierminister Denys Schmyhal haben am 19. März das **4. Deutsch-Ukrainische Wirtschaftsforum** eröffnet, das coronabedingt überwiegend digital stattfand. Der Ost-Ausschuss-Vorsitzende Oliver Hermes nahm gemeinsam mit zwei ukrainischen Vize-Premierministern an einer Diskussionsrunde über Digitalisierung teil. Premier Schmyhal, der im Berliner Haus der Deutschen Wirtschaft am Forum teilnahm, betonte vor über 300 online zugeschalteten Teilnehmern die Bedeutung Deutschlands für sein Land als Investor und Wirtschaftspartner. „Deutschland ist ein besonders wichtiger Partner der Ukraine“, sagte Schmyhal und dankte der Bundesregierung für ihre „unermüdliche Unterstützung“ im Konflikt um die Ostukraine und bei der Sicherung des Gastransits aus Russland. In vier hochrangigen Fachforen diskutierten Entscheider aus Politik und Wirtschaft zu den Themen Industrie/Digitalisierung, Agrarwirtschaft, Energie sowie Logistik/Infrastruktur. Den ausführlichen Veranstaltungsbericht lesen Sie [hier](#).

**24. März 2021: Morning Briefing** zum aktuellen Status der belarussischen IT Wirtschaft: Sehr gute Einblicke und interessante Neuigkeiten zum IKT-Sektor in Belarus vermittelten Lybov Mayorova (High Tech Park Belarus), Tobias Kohler (Partner, Rödl&Partner), Alexander Bondar (Kolos Ventures), Stephan Hoffmann (North IT Group) und Stefan Kägebein (Ost-Ausschuss). Der Videomitschnitt sowie die Präsentationen finden Sie hier: [www.events-belarus.com](http://www.events-belarus.com).



## Termine

---

Die Regionaldirektion arbeitet weiter an Onlineformaten, um Ihnen auch in Corona-Zeiten fortlaufend die Möglichkeit zur Information und Vernetzung zu bieten. Präsenzveranstaltungen planen wir, wenn es die Pandemielage wieder zulässt.

- **20. April 2021:** Außenwirtschaftstage des BMWi: Gemeinsam mit dem DIHK und deutschen Auslandshandelskammern organisiert der Ost-Ausschuss ein online Forum mit dem Thema „Chancenraum Osteuropa“. Informationen zum Programm sowie zur Anmeldung finden Sie auf der Landingpage der Veranstaltung: <https://event.dihk.de/chancenraumosteuropa>

- **German Ukrainian Digital Partnership**  
#2 Robotics & Automation – **27. April** -  
Anmeldungen über [www.gu-dp.cpm](http://www.gu-dp.cpm)  
#3 e-health – **Anfang Juni**  
#4 Education & HR – **Ende Juni**



Diese Veranstaltungsreihe zur **ukrainischen Digitalwirtschaft** findet in Kooperation mit den IT-Clustern Kiew, Charkiw und Dnipro, der Lwiw Startup School, der Ukrainian Venture Capital Association und der AHK Ukraine sowie NRW.Global Business statt.

- Save the date: **4. Mai 2021** - Agrarpanel zur georgischen Agrarwirtschaft, unter anderem mit dem Agrarminister von Georgien, Levan Davitashvili

## Tipps & Links

---

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie hat eine „**Kontaktstelle zur Sicherstellung in den Lieferketten**“ eingerichtet. Ziel ist es, dass die Herstellung und Lieferung benötigter Zuliefererprodukte reibungslos funktioniert. Unternehmen können sich bei Problemen im Zusammenhang mit internationalen Lieferketten an die E-Mail-Adresse [kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de](mailto:kontaktstelle-lieferketten@bmwi.bund.de) wenden.

Unter folgenden Links finden Sie **aktuelle Informationen bezüglich der Corona-Lage in den einzelnen Ländern der Region**:

Armenien: <https://www.gov.am/en/commandant-decisions/>

Aserbaidschan: <https://nk.gov.az/en/category/10/>

Belarus: <http://stopcovid.belta.by/> / <http://covid19.by/policy> (jeweils Russisch)

Georgien: <https://stopcov.ge/en>

Ukraine: <https://covid19.gov.ua/en/>

Weiterhin können Sie sich zu den aktuellen Entwicklungen bezüglich des Corona-Virus, inklusive der geltenden Ein- und Ausreisebestimmungen, auf den Webseiten der deutschen Auslandsvertretungen informieren:

- Deutsche Botschaft in Armenien:  
<https://eriwan.diplo.de/am-de>
- Deutsche Botschaft in Aserbaidschan  
<https://baku.diplo.de/>
- Deutsche Botschaft in Belarus  
<https://minsk.diplo.de/by-de>
- Deutsche Botschaft in Georgien  
<https://tiflis.diplo.de/ge-de>
- Deutsche Botschaft in der Ukraine  
<https://kiew.diplo.de/ua-de>

Weitere **Informationen** zur Arbeit des OA und zu anderen Regionen in Mittel- und Osteuropa finden Sie auf unserer [Website](#), auf [Facebook](#), [Linkedin](#), [Xing](#) und bei [Twitter](#).

## Kontakt

---

Bei Fragen und Anregungen zu diesem Update und zur Region Osteuropa (Armenien, Aserbaidtschan, Belarus, Georgien, Ukraine) wenden Sie sich gerne an:



**Stefan Kägebein**

Regionaldirektor Osteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-113

Mobil: +49 170 796 10 81

E-Mail: [s.kaegebein@oa-ev.de](mailto:s.kaegebein@oa-ev.de)



**Sarah Guhde**

Sekretariat Regionaldirektion Osteuropa

**Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.**

Telefon: +49 30 206167-125

E-Mail: [S.Guhde@oa-ev.de](mailto:S.Guhde@oa-ev.de)

Der Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft vertritt die Interessen der deutschen Wirtschaft in 29 Ländern im östlichen Europa und Zentralasien. Er begleitet wichtige wirtschaftspolitische Entwicklungen in den bilateralen Beziehungen mit diesen Ländern und fördert Handel, Investitionen und Dienstleistungstransfers deutscher Unternehmen auf den Märkten der Region.

Disclaimer zum Haftungsausschluss:

Wir sind für den Inhalt von Webseiten, die über einen Hyperlink/elektronischen Querverweis erreicht werden, nicht verantwortlich. Wir machen uns die Inhalte dieser Internetseiten ausdrücklich nicht zu eigen und können deshalb für die inhaltliche Korrektheit, Vollständigkeit und Verfügbarkeit keine Gewähr leisten. Insbesondere für Schäden, die aus der Nutzung oder Nichtnutzung solcherart dargebotener Informationen entstehen, haftet allein der Anbieter der Seite, auf welche verwiesen wurde, nicht derjenige, der über Links auf die jeweilige Veröffentlichung lediglich verweist.

## **Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.** Informieren ▪ Vernetzen ▪ Handeln!

**Presse-Kontakt:** Ost-Ausschuss der Deutschen Wirtschaft e.V.  
Andreas Metz  
Tel.: +49 (0)30 206167-120  
E-Mail: [A.Metz@oa-ev.de](mailto:A.Metz@oa-ev.de)  
Breite Straße 29  
10178 Berlin  
[www.ost-ausschuss.de](http://www.ost-ausschuss.de)  
Twitter: [@OstAusschuss](https://twitter.com/OstAusschuss)